Blick

Kommen die Proteste in die Schweiz?

Frankreich wütet, die Juso macht mit – so reagiert die Politik

Nach Krawallbildern aus Paris wirbt die Juso für Jugendproteste in der Schweiz am 20. November. Bürgerliche fordern Distanz zur Gewalt, die SP stellt sich hinter friedliche Anliegen.

Publiziert: 20.10.2026 um 20:26 Uhr

Kommentieren



Janic Urech
Redaktor Politik

Zertrümmerte Läden, Feuer in den Strassen und ein brennendes Rathaus: Die Bilder aus Frankreich lassen leer schlucken. Eine Protestwelle hält das Land in Atem. Mittendrin sind auch zwei Vertreter der Schweizer Juso. In einem Video aus Paris ruft der Juso-Vizepräsident Julien Berthod dazu auf, diese Protestwelle auch in die Schweiz zu bringen und wirbt für die Jugendproteste am 20. November 2026 (https://jugendstreik.ch/de/). Auch die Juso selbst ruft in Mitteilungen zum organisierten Protest Ende November (https://www.blick.ch/ausland/juso-politiker-an-paris-demo-proteste-in-der-schweiz/2jf06hy) auf.

In den sozialen Medien hagelt es Kritik

Die Reaktionen auf diesen Aufruf liessen nicht lange auf sich warten. Die Jungfreisinnigen mahnten, die Juso sollte genauer hinschauen. Die Juso hätte sich von der Gewalt und der Zerstörung distanzieren müssen. Noch deutlichere Worte findet die FDP. In ihrem Instapost fordert sie die SP zum Handeln auf: «SP, pfeift eure Jungpartei SOFORT zurück!» Und weiter: «Offenbar gefielen der Juso die gewaltsamen Proteste derart, dass sie sie nun auch in der Schweiz wollen.»

Auf der Plattform X echauffiert sich der Berner SVP-Ständerat Werner Salzmann (63) darüber, dass Stimmen aus der Schweiz die Proteste in Frankreich unterstützen. Im Gespräch mit Blick stellt er klar: «Friedliche Demonstrationen und das Kundtun der Meinungsfreiheit sind alles kein Problem. Das Problem ist, dass Geschäfte verwüstet und Polizisten bedroht werden.» Dass sich die Proteste aus Frankreich auch auf die Schweiz ausweiten könnten, besorgt den Berner Ständerat: «Wenn die Juso nun aus Paris Werbung für die eigenen Demonstrationen in der Schweiz macht, zeigt das, dass es hier um Demonstrationen geht, die wie damals in Bern eskalieren können.» Salzmann bezieht sich auf die Palästina-Demonstration, die im Oktober letzten Jahres (https://www.blick.ch/politik/nach-gewalt-demo-von-bern-stadtregierung-verteidigt-ihr-vorgehen/6bdjbng) die Berner Altstadt verwüstete.

SP unterstützt die Inhalte, aber nicht die Mittel

Auf Anfrage von Blick sagt die SP, dass die Umstände, gegen die protestiert wurde, auch die Schweiz betreffen. Als Beispiele nennt sie hier die Aufrüstung, explodierende Lebenskosten und autoritäre Tendenzen. Die SP stelle sich solidarisch an die Seite aller, die friedlich für ihre Anliegen einstehen, und verurteile, «dass eine kleine Minderheit in Frankreich die Proteste für Gewalt missbraucht hat».

Die sinnlose Gewalt sei kontraproduktiv und schade den berechtigten Forderungen der friedlichen Mehrheit, schreibt die SP weiter. Die junge Generation habe ein Recht darauf, ernst genommen zu werden: «Eine friedliche und breit abgestützte Jugendkundgebung im November trägt dazu bei, dass ihre Anliegen Gehör finden.»

Auf Fragen zum Verhalten der Juso und parteiinternen Konsequenzen, wie die FDP sie fordert, ging die Partei nicht ein.

Kantone sehen keinen Grund zur Sorge

Missstände im Bildungswesen sorgen in Frankreich aktuell für Tumult. Und auch in der Schweiz begründet die Juso die Proteste etwa mit Sparmassnahmen in der Bildung. Zuständig für die Bildung sind die Kantone, einige Bildungsdepartemente werden auch von SP-Hand geführt. Die Sorgen der Juso teilen die zuständigen Regierungsräte nicht. Im Kanton Solothurn wollte sich das von SP-Regierungsrat Mathias Stricker (58) geführte Bildungsdepartement nicht zu den Vorfällen äussern. Die Situation in Frankreich lasse sich bei weitem nicht mit jener im Kanton Solothurn vergleichen.

Basel ist einer der Orte, an denen am 20. November die Jugendproteste stattfinden sollen. Das dortige Erziehungsdepartement von SP-Regierungsrat Mustafa Atici (57) sieht die Situation entspannt: «Eine mit Frankreich vergleichbare Protestbewegung stellen wir an den Basler Schulen nicht fest.» Auch in Basel seien die Vorzeichen andere als im benachbarten Frankreich: «Der Kanton Basel-Stadt investiert laufend in die Schulen, baut Schulraum aus und stellt zusätzliche Mittel zur Verfügung.»